

Parolen für den 28. September 2014

Eidgenössische Volksabstimmungen

1. Volksinitiative vom 21. September 2011 «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!» **NEIN**

2. Volksinitiative vom 23. Mai 2012 «Für eine öffentliche Krankenkasse» **JA**

Kantonale Volksabstimmungen

Planungs- und Baugesetz (Änderung vom 28. Oktober 2013; Festlegung Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum) **JA**

Gemeindeabstimmung Zürich

Sportzentrum Heuried, Quartier Friesenberg, Neubau Hochbauten (Eissportanlage) und Erneuerung Badeanlage, Objektkredit von 81,359 Millionen Franken **JA**

Agenda:

- | | |
|--------------------|---|
| 18. September 2014 | 20 Jahre CSP Zürich
ab 18.30 Uhr Restaurant Schipfe Zürich |
| 28. September 2014 | Abstimmungswochenende |

CSP Info

Postfach, 8038 Zürich
10 September 2014



Nr. 59

Editorial

Bei der einzigen kantonalen Vorlage, über die am 28. September 2014 abgestimmt wird, geht es darum, dass bei Auf- oder Einzonungen den Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt werden soll, dass sie einen Mindestanteil für preisgünstige Wohnungen festlegen können. Die Vorlage ist ein Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Für mehr bezahlbaren Wohnraum", die von der CSP von Anfang an unterstützt wurde. Mit den neuen Bestimmungen wird den Gemeinden ein Instrument zur Verfügung gestellt, mit dem sie preisgünstigen Wohnungsbau fördern können. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass es sich lediglich um eine "Kann"-Vorschrift handelt, die Ge-

meinden als nicht generell verpflichtet werden, solche Mindestanteile für günstigen Wohnraum auszuscheiden. Voraussetzung, dass überhaupt eine solcher Mindestanteil festgelegt werden kann ist, dass den jeweiligen Grundeigentümern eine höhere Ausnutzung ihres Grundstückes zugestanden wird. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Grundeigentümer zuerst eine bessere Ausnutzung ihres Eigentums bekommen und damit einhergehend praktisch immer auch eine bessere Rendite erwirtschaften können. Das Gemeinwesen kann dann einen Teil dieser besseren Nutzung mit einem Mindestanteil an kostengünstigen Mietwohnungen abschöpfen.

Die Bestimmung kommt auch zu einem günstigen Zeitpunkt, da viele Gemeinden ihre Zonen aufgrund der neu überarbeiteten Richtplanung anpassen werden. Zudem führt die neue Bestimmung auch dazu, dass es in den einzelnen Gemeinden - wenn das denn erwünscht ist - zu einer besseren Durchmischung der einzelnen Wohnquartiere kommt. Die Vorlage wird breit unterstützt. Neben vielen politischen Parteien und Wohnbaugenossenschaften setzt sich auch die Caritas für diese Änderung ein. Aus Sicht der CSP gibt es keine Gründe, gegen diese Vorlage zu sein, weshalb der Vorstand einstimmig die JA-Parole beschlossen hat.

JA zum Um- und Neubau des Sportzentrums Heuried

Das Sportzentrum Heuried ist eine der wichtigsten Sport- und Freizeitanlage der Stadt Zürich. Nach gut 50 Jahren ist es an der Zeit, diese Anlage zu erneuern und zu renovieren. Das

vorgeschlagene Projekt ist zwar mit mehr als 80 Mio. Franken nicht gerade billig, verschafft den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Zürich jedoch eine Anlage, die den Preis wert ist. Auch das vorgesehene Energiekonzept überzeugt, weshalb der Vorstand auch bei dieser Vorlage einstimmig die JA-Parole beschlossen hat.

NEIN zur Volksinitiative "Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes"

Wer heute Lebensmittel einkauft oder Nahrungsmittel an einem Take-away Stand erwirbt, bezahlt mit dem Kaufpreis einen reduzierten Mehrwertsteuersatz von 2,5%. Isst er die gleichen Nahrungsmittel in einem Restaurant, so wird dort ein Steuersatz von 8% erhoben. Das ist der Gastrobranche ein Dorn im Auge und sie hat deshalb eine Initiative lanciert, die für beide Branchen den gleichen Steuersatz verlangt. Dazu ist festzuhalten, dass es nicht die gleiche Dienstleistung ist, ob ich eine

Pizza in einer Kartonschachtel nach Hause trage oder ob ich diese Pizza an einem Tisch esse, sie mir vom Servicepersonal gebracht wird und danach auch der Tisch wieder abgeräumt wird. Von daher lässt sich der ungleiche Steuersatz sicher rechtfertigen. Berücksichtigt man weiter, dass bei einer Anpassung der Steuersätze wohl der Steuersatz für die Nahrungsmittel angehoben werden müsste, so führt dies zu einer Verteuerung der Grundnahrungsmittel, was nicht im Sinne der CSP sein kann. Auch Steuerentkennungen - und damit einhergehende Steuereinnahmeverluste - sind nicht im Sinne unserer Politik, weshalb hier die NEIN-Parole angezeigt ist.

JA zur öffentlichen Krankenkasse

Zur Initiative für eine öffentlichen Krankenkasse wurde an anderer Stelle schon eingehend informiert. Bei der Kampagne der Gegner wird immer

wieder auf das gut funktionierende Gesundheitswesen verwiesen. Die Gegner schmücken sich hier mit fremden Federn. Das Gesundheitswesen in der Schweiz grundsätzlich gut funktioniert, es genügend medizinisches Fachpersonal und genügend Spitalbetten gibt, ist nicht die Leistung der Krankenkassen. Die diesbezüglichen Vorgaben werden von der Politik gemacht. Entscheidend ist vielmehr die Frage, ob im wichtigen Bereich der Grundversicherung die Gewinnmaximierung der Versicherungen im Vordergrund stehen soll oder der Versicherte als Mensch. Der CSP ist der Mensch weit wichtiger, weshalb sie sich für die Initiative einsetzt.

20 Jahre CSP Zürich

Bitte den Jubiläumsapéro am 18. September 2014 ab 18.30 Uhr im Restaurant Schipfe in Zürich nicht vergessen!